

**I N H A L T**

Inhalt, Vorwort, Impressum	1
Topthema	
▪ Reform der beruflichen Bildung	2
Aktuelle Stunde	
▪ Studiengebühren	3
Arbeit	
▪ Änderung Seemannsgesetz	3
Bauen	
▪ Städtische Umwelt	4
Innen	
▪ Bundeswahlgesetz	4
Senioren	
▪ Bericht zur Lage der älteren Generation	5
Verkehr	
▪ Bericht Ausbau Schienenwege Bericht Straßenausbau	5
Wirtschaft	
▪ Jahreswirtschaftsbericht 2005	6
Verschiedenes	
▪ Neu in der Fraktion: Lars Klingbeil	6
▪ Neue Sprecherin Arbeitsgruppe Tourismus: Annette Faße	6
▪ Zu Gast in der Fraktion: Gerd Sonnleitner	6

I M P R E S S U M**Herausgeberin:**

SPD-Bundestagsfraktion
Petra Ernstberger, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz der Republik 1
110 11 Berlin

Redaktion und Texte:

Vera Nicolay
Kerstin Villalobos
Jutta Bieringer
Raphael Neuner

redaktion@spdfraktion.de
Telefon: 030-227-51099

Redaktionsschluss: 28.1., 12.00 Uhr

V O R W O R T**Liebe Genossin, lieber Genosse,**

Schwerpunktthemen im Plenum waren in dieser Woche die Reform der beruflichen Bildung, der Jahreswirtschaftsbericht 2005 und natürlich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Gesetzgebungskompetenzen bei Studiengebühren. In der Aktuellen Stunde haben die Redner der Koalition klargestellt, dass es sich bei dem Urteil um eine formale Entscheidung handelt, nicht um den Zuspruch für Studiengebühren. Die SPD-Bundestagsfraktion hält weiterhin an dem Grundsatz fest, dass Studiengebühren für das Erststudium sozial ungerecht und bildungspolitisch kontraproduktiv sind.

Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat der Deutsche Bundestag eine Gedenkstunde abgehalten. Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus mahnt uns an die dauerhafte Verpflichtung, die Demokratie zu bewahren. Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass dem Rechtsextremismus in Deutschland politisch und mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegengetreten wird. Menschenverachtende Ideologien wie Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz.

Eine gute Woche
wünscht

Eure Petra Ernstberger

Zwischenruf

*"Für die Feinde von Demokratie und
Toleranz darf es keine Toleranz geben."*

Bundeskanzler Schröder

**T O P T H E M A****Moderne berufliche Bildung**

Der Bundestag hat in dieser Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU das Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung in geänderter Fassung (Drs. 15/3980, 15/4752) angenommen.

Mit dem Berufsbildungsreformgesetz haben wir die umfassendste Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) seit seinem Inkrafttreten 1969 vorgelegt. Nach den Verhandlungen mit der Opposition und den Ländern ist davon auszugehen, dass die Reform auch die Zustimmung des Bundesrates erhält.

Eckpunkte der Novelle

Wichtige Eckpunkte der geplanten Novelle der Berufsausbildung sind die Verbesserung der Qualität der Ausbildung mit einer gesetzlich verankerten Qualitätssicherung, größere Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen mit Möglichkeiten zur Anrechnung von Vorqualifikationen auf Ausbildungszeiten, Modernisierung des Prüfungswesens, Flexibilisierung der Ausbildungsregelungen und Internationalisierung der Ausbildung.

Die Sozialpartner sollen künftig bei der Gestaltung der beruflichen Bildung eine größere Rolle spielen. Berufsschulen erhalten die Möglichkeit, an der Feststellung des Ergebnisses der Kammerabschlussprüfungen beteiligt zu werden. Auch die Zulassung von Absolventen schulischer Berufsausbildungsgänge zur Kammerprüfung soll erleichtert werden.

Erleichterter Zugang zur Kammerprüfung

In der Vergangenheit war festzustellen, dass diejenigen, die ihre Berufsausbildung an Schulen absolvieren, einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Deshalb schließt rund ein Drittel dieser Jugendlichen an diese schulische Berufsausbildung noch einmal eine duale Berufsausbildung an. Das ist Vergeudung von Lebenszeit und Ressourcen.

Weil für den Arbeitsmarkt ein Kammerabschlusszeugnis nach wie vor die beste Eintrittskarte ist, ermöglichen wir nun – durch eine entsprechende Ermächtigung der Landesregierungen – den Schülern einen erleichterten Zugang zu dieser Kammerprüfung.

Anrechnung erworbener Qualifikationen

In jedem Jahr werden vielfältige Anstrengungen für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot unternommen. Durch Sonderprogramme der Bundesregierung oder Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit kann hier nur bedingt Abhilfe geschaffen werden. Wir erleichtern nun die Anrechnung der in diesen Maßnahmen erworbenen Qualifikationen auf die sich anschließende Ausbildungszeit.

Ausbildung im Ausland

Das duale Berufsausbildungssystem hat sich in Deutschland bewährt, was man auch an der vergleichsweise geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ablesen kann. Was bisher zu kurz kam, war eine internationale Ausrichtung der Berufsausbildung. Das neue BBiG eröffnet die Möglichkeit, Ausbildung im Ausland als Bestandteil der Gesamtausbildung zu integrieren.

Qualitätssicherung und schlanke Gremien

Weitere Kernpunkte der Reform sind die Durchführung der Abschlussprüfungen in zwei Teilen, die Einführung der Qualitätssicherung sowie Bürokratieabbau durch Verschlinkung von Gremien.

Das Reformgesetz wird begleitet durch einen Entschließungsantrag, mit dem alle Akteure in der beruflichen Bildung aufgefordert werden, diesen neuen rechtlichen Rahmen verantwortungsvoll zu nutzen.

Sachorientierte Debatte

Regierungsfraktionen und Union waren mit dem Ergebnis und den vorangegangenen Verhandlungen zufrieden. Es war eine sachorientierte Debatte im Sinne der Jugendlichen und der Betriebe.

**A K T U E L L E S T U N D E****A R B E I T****Studiengebühren**

Das Bundesverfassungsgericht erklärte am Mittwoch Teile der VI. Novelle des Hochschulrahmengesetzes aus formalen Gründen für verfassungswidrig. Der Bund habe bei Studiengebühren keine Regelungskompetenz, diese liege gegenwärtig ausschließlich bei den Ländern. Die Union hatte zu diesem Thema am selben Tag eine „Aktuelle Stunde“ beantragt.

Polemik von der Union

Die Opposition begrüßte das Urteil des Verfassungsgerichtes. Redner von CDU und CSU ergingen sich in ihren Beiträgen in Polemik: „Kümmern Sie sich nicht um Dinge, die Sie nichts angehen“. Die „rot-grüne Ideologie“ habe sich über das Grundgesetz gestellt.

Verantwortung bei den Ländern

Redner der Regierungskoalition stellten klar, dass das Gericht lediglich über die Frage der Regelungskompetenz beraten habe – nicht über Studiengebühren an sich. Die Verantwortung liegt jetzt bei den Ländern, betonten die Redner. Vorschnelle Alleingänge sollten dabei ausbleiben, ein sozialer Ausgleich gewährleistet werden.

Fraktion hält am Grundsatz fest

Die SPD-Bundestagsfraktion hält weiterhin an dem Grundsatz fest, dass ein Erststudium gebührenfrei bleiben muss. Studiengebühren für das Erststudium sind sozial ungerecht und bildungspolitisch kontraproduktiv. Unser Ziel: Es dürfen keine neuen sozialen Barrieren aufgebaut werden. Studiengebühren verschärfen die soziale Schieflage an deutschen Hochschulen.

Wollen einzelne Länder Studiengebühren erheben, müssen diese Länder auch den sozialen Ausgleich gewährleisten. Eine Finanzierung von Studiengebühren aus Bundesmitteln lehnen wir entschieden ab.

Änderung des Seemannsgesetzes

Bei der in 2./3. Lesung verabschiedeten Änderung des Seemannsgesetzes (Drs.15/ 4638, 15/4744, 15/4745) handelt es sich im Wesentlichen um die Anpassung der Regelungen über den gesetzlichen Mindesturlaub für Seeleute an Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und die Neuordnung und Ergänzung der Anspruchsvoraussetzungen für die Rückbeförderung von Seeleuten, die im Ausland unvorhergesehen das Schiff verlassen müssen (sog. Heimschaffung).

Mindesturlaub 30 Tage

Der gesetzliche Mindesturlaub für Seeleute wird auf 30 Kalendertage festgelegt. Er liegt damit weiterhin deutlich unter dem Urlaubsanspruch nach dem Manteltarifvertrag für die deutsche Seeschifffahrt, der auf nahezu alle Heuverhältnisse Anwendung findet.

Regelung der sog. Heimschaffung

Bei der Heimschaffung wird festgelegt, dass Seeleute nicht im Ausland zurückgelassen werden dürfen, sondern Anspruch auf Heimschaffung in ihr Heimatland haben. Die Kosten verbleiben dabei nicht beim Staat, da der Verband Deutscher Reeder e.V. sich verpflichtet hat, die Kosten zu übernehmen, falls diese von einem insolventen Reeder nicht übernommen werden könnten. Außerdem wird eine Lücke in der Krankenfürsorge für ausländische Seeleute auf deutschem Boden geschlossen, die mit der Ausgliederung der Betroffenen aus der gesetzlichen Krankenversicherung entstanden war.

Seearbeitsübereinkommen

Die Ratifizierung der Konventionen der IAO unterstützt die Arbeiten für ein konsolidiertes Seearbeitsübereinkommen, in dem 2006 alle wichtigen Konventionen aufgehen sollen. Es soll Wettbewerbsvorteile verhindern, die sich sog. Billigflaggen verschaffen, indem sie die Mindeststandards der Schiffssicherheit, der Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherung unterschreiten.

**B A U E N****Nachhaltige Stadtentwicklung**

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ist am Donnerstag die Entschließung zur „Entwicklung einer thematischen Strategie für städtische Umwelt“ (Drs. 15/4280) angenommen worden.

Mitteilung der Europäischen Kommission

Die Befassung des Bundestages basiert auf einer Mitteilung der Europäischen Kommission, in der es vor allem um die Themen nachhaltige Städtepolitik, nachhaltiger städtischer Nahverkehr, nachhaltiges Bauen und nachhaltige Stadtgestaltung geht.

Europäisches Städtebaurecht

Anhand der vorgeschlagenen Maßnahmen der Kommission wird deutlich, dass umweltpolitische Rechtsvorschriften vorgelegt werden sollen, die die Bodennutzung, den Städtebau und die Raumordnung berühren.

Im Ergebnis können die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen dazu führen, das nationale Städtebaurecht in Teilen auf die europäische Ebene zu verlagern. Die Mitteilung stellt die erste Phase der Vorbereitung einer umfassenden Strategie dar, die bis zum Sommer 2005 erarbeitet werden soll.

Umweltaktionsprogramm umsetzen

Die thematische Strategie zur Förderung der städtischen Umwelt ist Teil des Sechsten Umweltaktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft vom 22. Juli 2002.

Für ein gesundes Lebensumfeld

Das Ziel der thematischen Strategie ist die Verbesserung der Umwelteffizienz und der Lebensqualität in städtischen Gebieten. So soll langfristig ein gesundes Lebensumfeld für die Stadtbewohner in Europa gewährleistet werden.

I N N E N**Neue Wahlkreiseinteilung für 2006**

Der Bundestag hat am Freitag in 2./3. Lesung die neue Wahlkreiseinteilung für die Wahlen 2006 beschlossen (Drs. 15/4492).

Wahlkreiskommission

Zu Beginn einer jeden Wahlperiode beruft der Bundespräsident eine unabhängige Wahlkreiskommission ein. Ihre Aufgabe ist es, über Änderungen der Bevölkerungszahlen zu berichten und gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen. Dabei ist sie an die Grundsätze aus dem Bundeswahlgesetz gebunden, die unter anderem besagen, dass die Grenzen der Länder, Kreise und Gemeinden weitestgehend einzuhalten sind. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll nach Möglichkeit nicht um mehr als 15 Prozent von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen und ein zusammenhängendes Gebiet sein.

Bayern erhält zusätzlichen Wahlkreis

Der Bericht der Wahlkreiskommission hat aufgezeigt, dass aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern und Wahlkreisen die Einteilung der Wahlkreise für die kommende Wahl zum Deutschen Bundestag nicht mehr im Einklang mit den Grundsätzen aus dem Bundeswahlgesetz steht. Ausgehend vom Stand der Bevölkerung zum Stichtag 30. Juni 2004 entspricht die Zahl der Wahlkreise in einigen Bundesländern nicht mehr deren Bevölkerungsanteil. So haben insbesondere die ostdeutschen Länder und Berlin eine Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, während in den übrigen Bundesländern die Bevölkerung gewachsen ist.

Im Ergebnis der Berechnungen erhält deshalb Bayern ein zusätzlichen Wahlkreis zulasten Thüringens. Die Gesamtzahl von 299 Wahlkreisen wurde jedoch nicht verändert. Alle Veränderungen der einzelnen Wahlkreise sind in der Anlage des Gesetzentwurfes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes nachzulesen.

**S E N I O R E N****Vierter Altenbericht**

In dieser Woche hat der Bundestag mit den Stimmen aller Fraktionen eine Beschlussempfehlung (Drs. 15/4192) zum Vierten Altenbericht (Drs. 14/8822) angenommen. Der im April 2002 von der Bundesregierung vorgelegte Vierte Altenbericht beschäftigt sich mit der Lebensqualität, den spezifischen Risiken sowie der sozialen, medizinischen und pflegerischen Versorgung von Menschen hohen Alters in Deutschland.

Leitbild: selbstständiges Leben

Grundsätzlich folgt der Bundestag in seinem Beschluss den Forderungen und Schlussfolgerungen des Altenberichts. Insbesondere dessen zentrales Anliegen, Menschen im hohen Alter möglichst weitgehende Selbstständigkeit zu gewährleisten und zugleich Unsicherheiten und Vorbehalten der Gesellschaft gegenüber hochaltrigen Menschen zu begegnen, wird nachdrücklich unterstützt. Der 4. Altenbericht weist zu Recht auf die hohe Bedeutung der Wohnungs- und Wohnumfeldgestaltung für die Aufrechterhaltung einer selbständigen Lebensführung im Alter hin.

Demenzforschung verstärken

Ein Schwerpunkt des Berichts liegt auf Fragen zur Demenz. Die Alterungs- und Altersforschung, speziell zur Demenz muss verstärkt und mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden. Aber: die Demenzproblematik darf nicht nur als Aufgabe der Medizin und Forschung gesehen werden, auch ihre sozialen Auswirkungen und Anforderungen an die Gesellschaft müssen problematisiert werden.

„Hohes Alter darf gesellschaftlich nicht nur unter den Aspekten von Krankheit, Versorgung und Hilfsbedürftigkeit als möglichst mit minimalem Aufwand zu lösendes Lastenproblem diskutiert werden.“ (Vierter Altenbericht)

V E R K E H R**Ausbau der Schienenwege und des Straßennetzes**

Der Bundestag hat am Donnerstag den Straßenbaubericht 2004 (Drs. 15/4609) und den Bericht zum Ausbau der Schienenwege 2004 (Drs. 15/4621) beraten. Mit den vorgelegten Berichten gibt die Bundesregierung Auskunft über den aktuellen Stand der Umsetzung beim Ausbau des Straßen- und Schienennetzes. Ebenso wird der weitere finanzielle Bedarf für die kommenden Jahre festgelegt.

29 Mrd. Euro für Neu- und Ausbautvorhaben im Straßenbau

Für die laufenden und fest disponierten Neu- und Ausbautvorhaben sind im Straßenbaubericht insgesamt 29 Mrd. Euro vorgesehen. Für weitere rund 23 Mrd. Euro sind neue Projekte für den vordringlichen Bedarf vorgeschlagen worden. Schließlich kommen rund 28 Mrd. Euro für den weiteren Bedarf hinzu. Grundlage für die Straßenplanung und damit auch für den Straßenbaubericht, ist der überarbeitete Bundesverkehrswegeplan von 2003. Dieses zentrale verkehrspolitische Projekt legt die Bedarfsplanung für Schienenwege und Straßenplanung bis 2015 fest.

30 Mrd. Euro für den Ausbau des Schienennetzes

Die Gesamtausgaben für die Schienenprojekte beliefen sich nach dem geltenden Bedarfsplan auf über 30 Mrd. Euro im Geschäftsjahr 2003. Davon wurden wesentliche Investitionen für den Neubau der Strecke Nürnberg-Ingolstadt-München (605 Mio. Euro), für den Ausbau der Strecke Hamburg-Büchen-Berlin (224 Mio. Euro) sowie für die Knotenprojekte in Berlin (291 Mio. Euro) getätigt. Ebenso konnte die Neubaustrecke Köln-Frankfurt fertiggestellt werden. Die Reisezeit auf dieser 177 km langen Schienenverbindung beträgt jetzt nur noch rund 1 Stunde.

**W I R T S C H A F T****Jahreswirtschaftsbericht 2005**

Im Jahreswirtschaftsbericht 2005 "Den Aufschwung stärken - Strukturen verbessern" (Drs. 15/4700) der Bundesregierung wird ein Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent angenommen.

Projektion 2005 in Zahlen und Daten

Wirtschaftliches Wachstum:

- Spanne zwischen 1,5 und 2,0 Prozent, wir rechnen mit 1,6 Prozent

Lage auf dem Arbeitsmarkt:

- Aktuell: Außerordentlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund saisonaler und vor allem statistischer Hartz IV-Effekte,
- Projektion: Rund 50.000 plus im Jahresdurchschnitt ohne statistische Hartz IV-Effekte, rund 150.000 plus im Jahresdurchschnitt mit Hartz IV-Effekten (allerdings nur schwer quantifizierbar); rund 200.000 minus im Jahresverlauf.
- Erwerbstätige: rund 300.000 plus im Jahresdurchschnitt.

Ziele und Aufgaben für 2005

- Arbeitsmarktreformen weiter umsetzen
- Reform der Sozialen Sicherungssysteme
- Bürokratieabbau vorantreiben
- Reform von Bildung und Forschung
- Mittelstandsförderung
- Wachstumskerne in Ostdeutschland stärken

Gutachten des Sachverständigenrates

Der Jahreswirtschaftsbericht enthält auch eine Stellungnahme zum Gutachten des Sachverständigenrates (Drs. 15/4300). In dem Gutachten "**Erfolge im Ausland - Herausforderungen im Inland**" wird die Arbeitsmarktreform als der richtige Schritt für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze bezeichnet. Außerdem weist der Rat darauf hin, dass der notwendige Subventionsabbau bislang am Widerstand der Bundesländer gescheitert ist.

V E R S C H I E D E N E S**Neu in der Fraktion**

Der 26-jährige Lars Klingbeil aus Munster (Landkreis Soltau-Fallingb., Niedersachsen) rückte am 24. Januar 2005 für den ausgeschiedenen Jann-Peter Janssen in den Deutschen Bundestag nach. Lars Klingbeil ist seit April 2003 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos.

Neue Sprecherin AG Tourismus

Die bisherige Arbeitsgruppensprecherin der AG Tourismus, Brunhilde Irber wird zukünftig als Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Tourismus tätig sein. Als neue tourismuspolitische Sprecherin der Fraktion wurde Annette Faße gewählt.

Zu Gast in der Fraktion: Gerd Sonnleitner

Am 25. Januar war Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, zu Gast in der Fraktionssitzung der SPD. Das Gespräch hat gezeigt, dass das Bewusstsein, im Interesse der Bäuerinnen und Bauern stärker und gemeinsam an einem Strang ziehen zu müssen, beim Deutschen Bauernverband wächst.

Lange Zeit schien die Position des Bauernverbandes gegenüber der SPD eher von Konfrontation geprägt als von der Einsicht, gemeinsam an einer nachhaltigen Zukunft für die deutsche Landwirtschaft arbeiten zu müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich mit dem Bauernverband aber darin einig, dass die Zukunft für die ländlichen Räume und die Landwirtschaft eine Reihe von Umstellungen und Herausforderungen mit sich bringen wird. Die SPD verfolgt eine Politik für die ländlichen Räume, die Struktur Anpassungen unterstützt, Kulturlandschaften und die Lebensqualität der ländlichen Räume erhält sowie neue Einkommensquellen und Arbeitsplätze erschließt.